

SPIEGEL-STREITGESPRÄCH

# „Darwinistisch“

Der Grünen-Europaparlamentarier Jan Philipp Albrecht, 29, und der Pirat Fabio Reinhardt, 31, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, über Tücken der Basisdemokratie und die Frage, ob die Piraten die neuen Grünen sind oder eine neoliberale Klientelpartei

**SPIEGEL:** Herr Albrecht, haben Sie den Piraten-Bundesparteitag in Neumünster vor wenigen Tagen verfolgt?

**Albrecht:** Habe ich.

**SPIEGEL:** Und, wie fanden Sie ihn?

**Albrecht:** Fast schon etabliert. Es gab nicht mehr dieses offene Durcheinander. Die Leute haben versucht, so zu reden, dass es öffentlich verwendet werden konnte.

**SPIEGEL:** Herr Reinhardt, lief auch nach Ihrem Eindruck alles professioneller ab als bei Ihrem letzten Parteitag?

**Reinhardt:** Ja. Wir hatten dreimal mehr Teilnehmer, etwa 1500. Um einen geordneten Ablauf zu gewährleisten, mussten wir einiges ändern. Wenn früher jemand Parteivorsitzender werden wollte, standen 60 Leute am Mikrofon und haben zum Teil sehr aggressiv gefragt. Deshalb mussten die Fragen diesmal schriftlich vorformuliert in einen Kasten geworfen werden. Wenn da nur stand „Du bist ein Arsch“, wurde der Zettel rausgenommen. Aus dem Rest wurde dann gelöst.

**SPIEGEL:** Fast wie bei den Grünen.

**Albrecht:** Wir sind weniger restriktiv. Mitgliederversammlungen gibt es bei den Grünen auch, wir erstatten den Teilnehmern sogar die Fahrtkosten. Und man braucht auch keine Unterstützerunterschriften, wenn man sich zur Wahl stellt. Die Piraten haben dies verlangt.

**Reinhardt:** Wir hatten das Problem, dass Leute gesagt haben: Ich will mich auf die Bühne stellen und fünf Minuten lang erklären, warum es legalisiert werden muss, den Holocaust zu leugnen. Darauf hatte der Parteitag einfach keinen Bock.

**SPIEGEL:** Wie viele wollten sich denn für Holocaust-Leugner starkmachen?

**Reinhardt:** Einer aus Niedersachsen, der das schon bei seiner Kandidatur für die Landesliste gemacht hatte. Und eine, die seit Jahren ein Podcast macht, wo es auch um Piraten geht. Die hat vor ein paar Wochen damit angefangen, in diesen Podcasts vom Weltjudentum zu schwadronieren, das sich anpassen müsse.

**Albrecht:** Da zeigt sich eines der Hauptprobleme der Piraten. Der Anspruch,

die basisdemokratische Alternative zu sein, sagt noch nichts darüber aus, wohin man politisch will. Ist man als Pirat auch Teil einer bestimmten politischen Richtung, oder können alle vertreten, was sie wollen? Dann organisiert die Partei nur noch, dass alle irgendwie reden können.

**Reinhardt:** Das tut sie nicht. Wir hatten schon 2008 ein Mitglied, das es normal und richtig fand, den Holocaust zu leugnen. Da haben wir klargemacht: Unter dem Label Piratenpartei darf nicht alles getan und gesagt werden.

**SPIEGEL:** Warum haben Sie denn bis zum Parteitag Ende April gebraucht, um diese Debatte offiziell zu beenden?

**Reinhardt:** Das ist ein schmaler Grat. Natürlich darf ich sagen: Ich bin für die Abschaffung eines bestimmten Straftatbestandes. Aber es ist eine Debatte, die auf hohem Niveau geführt werden muss.

**SPIEGEL:** Wie diskutiert man niveauvoll über die Leugnung des Holocaust?

**Reinhardt:** Am besten gar nicht, aber es geht eben auch um die Meinungsfreiheit. Wichtiger als diese theoretische Frage ist: Wir haben beschlossen, dass wir keine



Das Gespräch moderierte Redakteur Gunther Latsch.

**Kontrahenten Reinhardt, Albrecht:** „Du springst viel zu sehr auf dieses Klischee“



HERMANN BREDEHARDT / POLARIS/LAIF

KLENKE / ARGUS

**Bundesparteitag der Piraten in Neumünster im April, der Grünen in Duisburg 1983:** „Jeder kann fordern und sagen, was er möchte“

Holocaust-Leugner als Mitglieder wollen. Damit ist das Thema erledigt.  
**Albrecht:** Das Problem, dass die Piratenpartei kein klares inhaltliches Fundament hat, ist damit aber nicht aus der Welt. Viele eurer Forderungen werden auch von anderen Parteien – vor allem von uns Grünen – vertreten. Aber wir segeln dabei mit klarem Kurs und Kompass, wäh-

rend bei euch unklar bleibt, wohin ihr gesellschaftlich am Ende wollt.  
**Reinhardt:** Das mag für Außenstehende so wirken, und ich will gar nicht bestreiten, dass die Piraten noch immer mit ihrer Selbstfindung beschäftigt sind. Aber es hat sich herauskristallisiert, dass der Aspekt der Teilhabe – das kann man auch Partizipation nennen – unser Gründungsmoment ist. Und das wollen wir auf allen gesellschaftlichen Ebenen umsetzen.  
**SPIEGEL:** Verfügen die Grünen über Instrumente wie die Piraten, bei denen Basis und Mandatsträger per Computer via Liquid Feedback engen Kontakt halten?  
**Reinhardt:** Jetzt kommt's, das „Wurzelwerk“ ...  
**Albrecht:** ... eine Internetplattform, die dem Wiki der Piratenpartei ähnlich ist. Es ist eine Möglichkeit der innerparteilichen Diskussion, wenn auch unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Ich wünsche mir, dass die Grünen Tools wie Liquid Feedback viel stärker nutzen – aber Partizipation kann kein alleiniger Wert sein. Bei den Grünen gab es von Anfang an eine klare inhaltliche Ausrichtung, die mit der Basisdemokratie verknüpft wurde. Die Frage der globalen Nachhaltigkeit leitet uns bis heute.  
**Reinhardt:** Das ist der Unterschied zwischen uns. Bei den Grünen war die Nachhaltigkeit das zentrale Moment, bei uns ist es die Partizipation.  
**Albrecht:** Aber Partizipation, ohne zu wissen, wofür, ermöglicht noch keine Orientierung. Es braucht auch Momente der inhaltlichen Empörung über die Zustände, die in der Welt herrschen: die weltweite soziale Ungerechtigkeit, die Zerstörung der Umwelt und die Missachtung von Menschen- und Bürgerrechten.  
**Reinhardt:** Nach Stuttgart 21 kann man doch nicht sagen, dass es keine Empörung über mangelnde Teilhabe an Entscheidungsprozessen gibt.  
**Albrecht:** Den Protest gegen den Umbau des Hauptbahnhofs haben gerade die Grünen betrieben, weil wir gesagt haben:

Hier geht es nicht um finanzielle und ökologische Nachhaltigkeit, sondern um Prestige und Einzelinteressen. Das ist der Beweis dafür, dass es immer eine Verbindung zwischen Partizipation und Inhalt geben muss. Eine Partei, die nur Partizipation als Thema setzt, springt zu kurz.  
**Reinhardt:** Und du springst viel zu sehr auf dieses Klischee, dass die Piraten keine Inhalte zu bieten hätten, Teilhabe ist nicht nur eine Art Brückentechnologie. Für uns ist sie mehr: Die Teilhabe steht ganz vorn, auf allen gesellschaftlichen Ebenen.  
**SPIEGEL:** Was machen Sie denn, wenn Leute im Rahmen dieser Teilhabe die Todesstrafe wieder einführen wollen? Damit müssten Sie dann leben.  
**Reinhardt:** Nein, nein.  
**SPIEGEL:** Wo ist die Grenze?  
**Reinhardt:** Das ist eine Frage, die nicht direkt auf Teilhabe zielt. Es ist eher eine Frage, was zum Beispiel in Volksabstimmungen möglich sein soll und was nicht. Wir würden niemals eine Abstimmung über die Todesstrafe organisieren.  
**SPIEGEL:** Und wenn sich über Liquid Feedback Unterstützer um einen solchen Vorschlag scharen?  
**Reinhardt:** Wenn die Mehrheit der Partei das verlangen würde, würde ich das hinnehmen, mein Parteibuch abgeben und gehen. Aber ich glaube nicht, dass es so weit kommt. Kern des Parteiprogramms ist ja, dass wir Teilhabe ermöglichen. Das schließt benachteiligte Menschen mit ein, Obdachlose, Flüchtlinge, Strafgefangene, für deren Rechte und Teilhabemöglichkeiten wir uns einsetzen.  
**Albrecht:** So werdet ihr doch Minderheiten nicht gerecht. Ihr lebt diesen Individualismus, jeder kann fordern und sagen, was er gern möchte, und dann stimmt die Mehrheit darüber ab. Es gibt keinen Diskurs, bei dem Minderheiten tatsächlich die Möglichkeit haben, sich nachhaltig Gehör zu verschaffen und Einfluss darauf zu nehmen, was entschieden wird. Für mich ist das darwinistisch. Die Mehrheit setzt sich halt durch.

MAURICE WESS / OSTKREUZ / DER SPIEGEL

**Reinhardt:** Genau das will ich nicht. Ich habe mir ein klares Ziel gesetzt: Themen, die ich bei den Piraten für unterrepräsentiert halte, wie zum Beispiel Flüchtlingspolitik, viel stärker in die Partei einzubringen. Ich kriege da nur positives Feedback, unabhängig davon, dass das kaum Wählerstimmen bringt. Es gibt keinen, der sagt: Wir sollten uns doch hier lieber um die Deutschen kümmern.

**SPIEGEL:** Mit diesen Themen kämen Sie auch bei den Grünen gut an. Warum engagieren Sie sich nicht bei denen?

**Reinhardt:** Ich fühlte mich von den Grünen überhaupt nicht angesprochen. Bei den Piraten war das anders, die haben gesagt: Setz dich an einen Rechner, bring dich mit ein, schreib einen Antrag, mach irgendwas. Das zu kommunizieren ist den anderen Parteien, selbst wenn sie gute Ideen hatten, nicht gelungen.

**SPIEGEL:** Das entbindet Sie aber nicht von der Verantwortung, darüber Auskunft zu geben, welchen Staat, welche Gesellschaft Sie wollen.

**Reinhardt:** Im Kern geht es um die Frage, wie wir mit dem gesellschaftlichen Wandel, der vor allem ein digitaler Wandel ist, vernünftig umgehen. Und wir müssen einsehen, dass es ganz neue Bedürfnisse gibt. Die Gesellschaft wandelt sich immens. Immer weniger Menschen sind in klassischer Lohnarbeit tätig. Wenn wir

einfach sagen, dass wir mehr Arbeit schaffen müssen, dann ist das für viele fast eine Drohung. Wir müssen Menschen, die einen anderen Lebensentwurf haben, die Möglichkeit geben, genauso an Gesellschaft und Politik teilzuhaben.

**SPIEGEL:** Das klingt, als ob die Mehrheit der Bevölkerung aus freiberuflichen IT-Beratern bestünde. Oder aus Menschen, denen alles Materielle ziemlich egal ist.

**Reinhardt:** Es geht ja nicht nur um IT-Berater. Der digitale Wandel betrifft alle und verändert die Lebens- und Arbeitswelt. Dem wollen wir mit einem positiven Menschenbild entgegenreten. Vielleicht ist das zu optimistisch. Wir sind darauf gefasst, dass es vielleicht nicht hinhaut. Aber es ist wert, es zu probieren.

**Albrecht:** In Frankreich und Spanien sind so viele Jugendliche und junge Erwachsene arbeits- und perspektivlos, dass jedeserede über Teilhabe zynisch wirkt. Da muss man über Wirtschafts- und Sozialpolitik reden. Die Euro- und die Finanzkrise waren doch nur Vorläufer einer harten Auseinandersetzung über Prioritäten: Wofür geben wir unser Geld aus, wofür nicht?

**Reinhardt:** Wir haben doch zugegeben, dass die Euro-Krise und die finanziellen, wirtschaftlichen und ökologischen Aspekte des Umbaus der Gesellschaft nicht im Mittelpunkt unserer Politik stehen. Wenn eine andere Partei sagt, das steht bei den Pira-

ten nicht im Zentrum, deswegen wählt lieber uns, und die Leute machen das, dann ist das für uns völlig okay. Die Frage ist doch: Haben wir trotzdem unseren Platz im Parteienspektrum, oder sind die aktuellen Wahlergebnisse nur das Resultat irgendwelcher unglücklicher Umstände?

**Albrecht:** Wir sind mitten in der Krise.

**Reinhardt:** Den Menschen geht es doch immer noch vergleichsweise gut.

**Albrecht:** Ich glaube, dass wir in Europa jetzt schon merken, dass es vielen Leuten extrem schlecht geht. Da so zu tun, als könne man die Probleme mit einem post-materialistischen Idealbild der Welt lösen, halte ich für verantwortungslos.

**Reinhardt:** Teilhabe ist mehr als Transparenz von politischen Prozessen. Es ist ja nicht so, dass uns die Euro-Krise egal wäre. Aber wir haben uns nun mal als Ergänzung zur bestehenden Politik gegründet. Das haben wir dann erweitert, etwa um die Frage nach der Zukunft der Arbeit. Jetzt stehen Themen wie Außen- und Finanzpolitik auf der Liste.

**SPIEGEL:** Sind die Piraten für einen Sozialstaat oder für einen Nachtwächterstaat nach liberalem Muster – also einen Staat, der nur das Nötigste regelt und den Rest dem freien Spiel der Kräfte überlässt?

**Reinhardt:** Die Piraten sind für eine hohe Staatsquote, in der die staatlichen Ausgaben dazu benutzt werden, auch die fi-

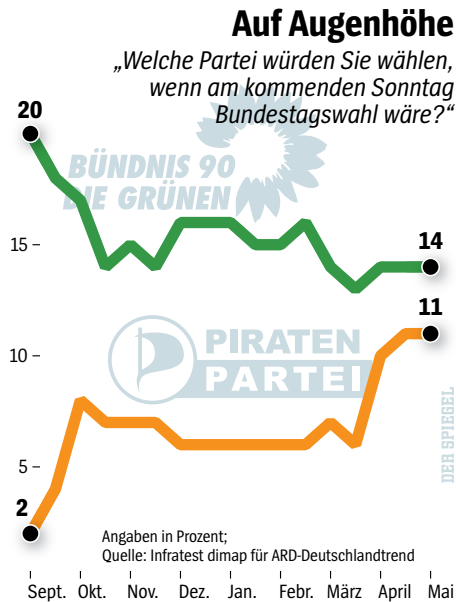
nanziellen Teilhabemöglichkeiten der Bürger zu gewährleisten – etwa ein bedingungsloses Grundeinkommen. Aber es geht uns nicht darum, dass der Staat irgendwie lenkt und dirigiert und sagt, da muss jetzt aber dieser wirtschaftliche Akzent gesetzt werden und hier der.

**SPIEGEL:** Sie wollen eine hohe Staatsquote, aber einen schwachen Staat?

**Reinhardt:** Wir wollen, dass er sich aus dem Privatleben der Bürger heraushält. Ich glaube, da sind wir von den Grünen nicht allzu weit entfernt.

**Albrecht:** Das sehe ich anders. Der Staat braucht Grenzen und Kontrolle, aber er muss auch privaten Akteuren Grenzen setzen. Wenn es etwa um das Internet geht, finde ich es überraschend, wie neoliberal und unkritisch viele Piraten mit Unternehmen wie Google, Facebook oder YouTube umgehen. Diese Unternehmen beuten die Arbeit anderer aus und schaffen Monopole im Internet. Es gibt beachtlich wenige Piraten, die sagen: Da muss jetzt aber mal eingegriffen werden.

**Reinhardt:** Die Piratenpartei ist nicht der Verbündete von Google. Wir sind auch für dezentrale Strukturen. Und der unternehmenskritische Datenschutz hat in unserem Wahlkampf in Schleswig-Holstein eine wichtige Rolle gespielt. Aber im Grunde hast du recht – die Frage, wie wir unseren eigenen, durchaus auch mo-



nopolkritischen Ansatz stärker herausstellen können, ist noch unbeantwortet.

**Albrecht:** Ich frage mich auch, welche öffentlich-rechtlichen Strukturen im Internet sinnvoll wären. Man kann auf Dauer nicht sagen, das wird privatwirtschaftlich super organisiert, sondern es braucht auch einen Rahmen. Es muss öffentliche Strukturen geben, die von den Bürgern beeinflusst werden können.

**Reinhardt:** Im Gegensatz zum Staat, der alles oktroyiert, hat man in der Privatwirtschaft die Möglichkeit, den Anbieter zu wechseln. Polemisch gesagt: Ich vertraue lieber einer Organisation, die im Zweifel einfach pleitegehen kann, als einem Staat, der für uns schwer kontrollierbar ist und sehr viele Eingriffsmöglichkeiten hat.

**SPIEGEL:** Den Staat halten Sie für schwerer zu kontrollieren als Google?

**Reinhardt:** Der Staat ist schwerer zu bändigen als ein privatwirtschaftliches Unternehmen.

**Albrecht:** Ich bin immer dafür gewesen, staatliche Kontrolle zu begrenzen. Aber ich bin ebenso dafür, dass in einem demokratischen Rechtsstaat die Politik das Zentrum der gesellschaftlichen Regelung ist.

**SPIEGEL:** Haben die Piraten kein Vertrauen in die Gewaltenteilung?

**Reinhardt:** Was Überwachung und Datenschutz angeht, haben wir eine klare Position: Wir müssen vor allem gegen staatliche Überwachung, gegen staatliche Bevormundung vorgehen.

**Albrecht:** Gegen die Vorratsdatenspeicherung kämpfe ich schon länger, als es die Piratenpartei gibt.

**Reinhardt:** Die Piraten gibt es auch schon länger, als es die Piratenpartei gibt.

**SPIEGEL:** Herr Albrecht, Herr Reinhardt, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.